

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen,
öffentliche Sicherheit und Umwelt am 14.04.2026

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:54 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 14. April 2026, 16.30 Uhr mit 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern. Er stellt außerdem die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche werden auf Nachfrage **von Herrn Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU**, nicht vorgebracht. Er bittet sodann um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 17. März 2026

Frau Wallner, Fraktion der SPD, erscheint 16.32 Uhr zur Sitzung. Somit sind 9 von 9 stimmberechtigten Stadträten anwesend.

Da zur Niederschrift vom 17.03.2026 keine Ergänzungs- und/oder Änderungswünsche vorgebracht werden, bittet **Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU**, um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 1

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, informiert, dass in der letzten Sitzung keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst wurden.

5 Einwohnerfragestunde

Es meldet sich ein **Bürger** zu Wort und fragt Folgendes:

Frage 1

„Wie erklären Sie hier die Arbeitsweise der Verwaltung?“

Ich hatte dieses Thema schon wiederholt angesprochen. Herr Horváth will ja immer von mir ganz konkret wissen, um welche Fragen es sich handelt. Im Hauptausschuss am 25.03. reklamierte ich eine fehlende Antwort auf eine Frage im Hauptausschuss vom 17.02. Trotz genauester Angabe erfolgte trotzdem bis heute keine Antwort. Es liegt also nicht daran, dass man es nicht weiß. Nur zum Verständnis wie die Arbeitsweise der Verwaltung ist. ich hatte hier zum Verständnis zwei Beispiele angegeben aus der Sitzung des Bauausschusses, die nicht beantwortet waren. Die Verwaltung behauptete einfach, sie sind beantwortet und damit ist die Sache erledigt. Erst nachdem ein anderer Bürger nach genau der Antwort fragte, die es denn dort im Bauausschuss gab, gab es diese Antwort dann. Am 19.03.2026 wurde diese nach mehr als 1 ½ Jahren dann gegeben. Die zweite Antwort fehlt bis heute. Dort erklärt man, die Antwort schon drei Tage vor dem Stellen der Frage gegeben zu haben. Also bevor die Frage überhaupt bekannt ist, antwortet man. Ich gebe aus diesem Grund auch keine weiteren Fragen mehr an, weil ich keine Lust habe, über jede einzelne Frage mit der Verwaltung zu diskutieren. Ich muss nicht jede sinnlose These, die die Verwaltung aufstellt, widerlegen. Dazu habe ich weder Zeit noch Lust. Deshalb verweise ich darauf, dass alle Fragen in der Niederschrift stehen und alle Antworten, die da sind, im Ratsinfosystem. Das muss man dann nur noch vergleichen.“

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, möchte konkret wissen, welche seiner Fragen nicht beantwortet worden sind. Fragen, die in anderen Ausschüssen gestellt werden, kennt **Herr Horváth** nicht. Er betont, dass die Verwaltung an den Unzulänglichkeiten arbeitet, um eine Verbesserung herbeizuführen.

Der Bürger möchte dies mit seiner nächsten Frage konkretisieren.

Frage 2

„Wie genau war bis jetzt die Vorgehensweise in allen Ausschüssen?“

Sehr oft wird dem Bürger eine schriftliche Antwort auf seine Frage in der Sitzung zugesagt. Dann muss es irgendjemanden geben, der das notiert. Es muss auch irgendjemanden geben, der für die Beantwortung zuständig ist. Was dann hier im Rathaus genau passiert, weiß ich nicht. Irgendwo muss es diese Information geben. Außer natürlich, man sagt das nur in den Raum und niemand hat die Absicht, dieses umzusetzen, also zu antworten. Das weiß ich nicht. Ich frage hier für alle Gremien an, damit ich nicht wieder mit derselben Frage von Ausschuss zu Ausschuss ziehen muss, wie von Herrn Kellner schon mehrfach reklamiert. Wenn man diese Frage beantworten kann, dann weiß man auch, woher Herr Horváth diese Information bekommt, welche Antworten noch fehlen. Die Mitarbeiter, die dafür zuständig sind,

haben diese Information, nach der Herr Horváth so dringend verlangt. Dass man dieses nicht selbstständig erfragen kann, ist mir ein Rätsel.“

Herr Horváth antwortet hierauf, dass er nur für diesen Ausschuss sprechen kann. Und hier ist es so, dass alle Anfragen von Stadträten und Bürgern, die im Ausschuss gestellt werden, in einer Tabelle aufgelistet und dann abgearbeitet werden. **Herr Horváth** betont, dass er für andere Ausschüsse nicht sprechen kann. Er führt weiter aus, dass jeder Ausschuss einen Sitzungsbearbeiter und einen Ausschussvorsitzenden hat. Werden Fragen in Ausschüssen gestellt, die nicht sofort beantwortet werden können, da möglicherweise ein anderer Fachbereich betroffen ist, werden diese mit in die Verwaltung genommen und dann mit der Antwort zurückgespielt in den Fachbereich, der diese Frage weitergeleitet hat. Danach wird dem Bürger die Antwort zugeleitet.

Frage 3

„Wie waren die Sicherheitsvorkehrungen oder das Sicherheitskonzept und wer ist oder war dafür verantwortlich?“

Im Stadtpark fand das Fastenbrechen nach dem Ramadan statt. Rund 400 Personen nahmen teil. Wie genau war denn die Absicherung, weil es ja gerade im Stadtpark sehr schwierig ist durch die vielen Wege, dieses abzusichern. Eine Kinderveranstaltung von der Dekita wurde aus diesem Grund, weil es nicht möglich ist, diese gesamten Wege abzusichern, schon abgesagt. Darauf gründet sich diese Frage.“

Herr Horváth sichert eine schriftliche Antwort zu. Er führt weiter aus, dass bei jeglichen Veranstaltungen immer der Veranstalter für die Sicherheitsbelange zuständig ist.

Der **Bürger** schlägt vor, der Dekita das Sicherheitskonzept zukommen zu lassen, damit auch die Kinderveranstaltungen auf diese Art und Weise abgesichert werden können.

6 Beschlussfassungen

6.1 Beschluss über die Einleitung des Verfahrens zur 19. Änderung des Flächennutzungsplans für den Stadtteil Dessau und die Aufstellung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 71 „Nahversorgung Mosigkau“ im Parallelverfahren Vorlage: BV/021/2026/I-61

Herr Schmidt, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung, führt zur Beschlussvorlage ein.

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass in der Auswirkungsanalyse erwähnt wird, dass eine Betriebsschließung des NP in Kochstedt nicht auszuschließen sei. Dann weist er darauf hin, dass sich der

Ortschaftsrat Kochstedt nicht gegen einen Neubau eines Marktes unweit des NP ausgesprochen habe.

Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, spricht sich für bodennahe Werbeschilder aus, die sich in das Ortsbild einfügen.

Herr Diederich, Fraktion Alternative für Deutschland (AfD), führt aus, dass man dem Ort Mosigkau nicht verwehren könne, ebenfalls einen Nahversorger zu haben, auch wenn damit ein gewisses Umsatzrisiko für den Nahversorger im Ort bestehe. Er bittet deshalb die Wirtschaftsförderung darum, dass man diese Risiken im Auge behalte und hier engen Kontakt mit beiden Nahversorgern Junkerspark und Kochstedt hält. Er schlägt vor, dass über die Ergebnisse der Kontakte in regelmäßigen Abständen informiert wird.

Da keine weiteren Anfragen vorgebracht werden, bittet **Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU**, um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 9 – 0 – 0

6.2 Bebauungsplan Nr. 228 „Gewerbe- und Solarpark Lukoer Straße“ – Billigungsbeschluss und förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: BV/042/2026/I-61

Da auf Anfrage vom **Ausschussvorsitzenden und Fraktion der CDU, Herrn Kellner**, kein Einführungsbedarf besteht, wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 9 – 0 – 0

6.3 Satzung über den Rettungsdienstbereichsplan der Stadt Dessau- Roßlau Vorlage: BV/049/2026/V-37

Hier informiert **Herr Müller, Leiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst**, dass in der Satzung der § 4 gefehlt hat und dieser nunmehr ergänzt wurde.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, merkt an, dass es sich hierbei um eine redaktionelle Ergänzung handele und die Vorlage bereits im Stadtrat so beschlossen wurde.

Dann stellt **Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU**, die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 9 – 0 – 0

6.4 Verbindliches Verfahren zur Verwendung von Einnahmen nach § 6

EEG und Beteiligungsgesetz LSA
Vorlage: FV/005/2026/GRÜNE

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, informiert zunächst ausführlich zu dieser Fraktionsvorlage.

Herr Weber, Aktive Bürgerliche Vernunft (ABV), merkt an, dass der Gesetzgeber vorsieht, dass 25 % der Umlage in den direkt betroffenen Ortschaften zu verbleiben haben. Er ist der Meinung, dass die Beschlussvorlage überarbeitet werden solle. Er betont, dass man innerhalb der Prozentzahl hier auf das Gesetz abzielen solle und nicht nur auf die betroffenen Ortschaften.

Darauf antwortet **Herr Kaßner**, dass die 25 % eine Kannbestimmung sei. Er führt weiterhin aus, dass die Ortschaften, die von den PV-Anlagen und Windkraftträdern im Außenbereich betroffen sind und wenn man von der Maximalsumme ausgehen würde, die perspektivisch in der Mitte der 30er Jahre fließen wird, dann können diese Ortschaften mit der errechneten Lösung sehr zufrieden sein.

Da es keine weiteren Fragen gibt, bittet **Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU**, um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 5 – 2 – 2

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Auf Anfrage vom **Ausschussvorsitzenden und Fraktion der CDU, Herrn Kellner**, meldet sich **Herr Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft (ABV)**, zu Wort und möchte wissen, ob es bzgl. des Hitzeaktionsplanes Änderungen bzw. Neuerungen gäbe.

Darauf antwortet **Frau Erxleben, Leiterin des Haupt- und Personalamtes**, dass diesbezüglich nunmehr mehrere Akteure, wie z. B. die Städtebauplanung und das Grünflächenamt, beteiligt seien. Sie führt weiterhin aus, dass mit der Umsetzung von INSEK zusammen mit der Städtebauplanung ein Konzept erstellt werden soll. Das Gesundheitsamt ist somit Mitakteuer und nicht mehr Hauptakteur. Änderungen können durch das Gesundheitsamt angeregt, aber baulich nicht umgesetzt werden, so **Frau Erxleben**.

Herr Weber ist der Meinung, dass zeitnah gehandelt werden solle und nicht erst in ein paar Jahren. Er bittet darum, eine Auflistung von Gebäuden, die entsprechend temperiert sind, auf der Webseite der Stadt zu veröffentlichen. Er schlägt weiterhin vor, eine Notfallrufnummer für die Bürger einzurichten.

Herr Kellner spricht sich dafür aus, dass im nächsten Ausschuss über den Sachstand des Hitzeaktionsplanes informiert werden solle.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, wird die Hinweise von Herrn Weber mit in die Verwaltung nehmen.

Herr Weber fragt dann nach den Streitigkeiten bei der Berufsfeuerwehr bzgl. der Gehaltsangelegenheiten. Er möchte wissen, wie hoch die gutachterlichen Kosten bzw. die Kosten für die Aufarbeitung dieser Probleme, die die Notfallsanitäter betrifft, waren.

Herr Horváth sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Dann schließt **Herr Kellner** den öffentlichen Teil der Sitzung und lässt Nichtöffentlichkeit herstellen.

10 Schließung der Sitzung

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, schließt die Sitzung 17.54 Uhr.

Dessau-Roßlau, 19.05.26

Florian Kellner
Vorsitzender Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche
Sicherheit und Umwelt

Katrin Koischwitz
Schriftführerin